

■ **BLZ:** *Die Arbeitslehre war einmal zentraler Bestandteil der Bremer LehrerInnenausbildung. Warum ist der Studiengang »Arbeitsorientierte Bildung« jetzt gefährdet?*

**K.-J. Bönkost:** Am 11. Juli 2012 hat unsere Dekanin im Fachbereich 12 die anwesenden Fachbereichsrats-Mitglieder darüber informiert, dass das Rektorat dem Studienfach Wirtschaft-Arbeit-Technik »die Ressourcen entziehen« werde. Das Rektorat habe einen Planungsauftrag an Prof.

## Arbeitslehre – bald nur noch Bildungsgeschichte?

Ein Gespräch mit den Professoren Klaus-Jürgen Bönkost und Hans-Dieter Schulz



H.-D. Schulz (li.) und  
K.-J. Bönkost

Klee im Fachbereich 8 vergeben, ein akkreditierungswürdiges Studienfach »Wirtschaft-Arbeit-Politik« zu entwickeln. Technik, Hauswirtschaft und Ernährung kommen dabei nicht mehr vor – weder theoretisch noch praktisch bzw. fachdidaktisch. Wir haben also ganz große Sorgen, dass die Anfang der 70er Jahre begonnene fortschrittliche Ausbildung von Pädagoginnen und Pädagogen im Fach Arbeitslehre in zwei Jahren Bildungs- und Wissenschaftsgeschichte ist. Historisch interessant ist, dass es 1973/74 nach der Eingliederung der Pädagogischen Hochschule große Planungsprozesse und heftige ideologische Auseinandersetzungen gab. Damals hieß der neue Studiengang »Arbeitslehre/Politik«. Für diejenigen, die als junge Leute hier her gekommen sind, war er das Reformvorhaben schlechthin, alles sollte

besser und kritischer werden. Auch in der Fachcommunity wurde hart gerungen, denn die Arbeitslehre speiste sich aus unterschiedlichen Quellen. Da haben die Berufspädagogen und Arbeitswissenschaftler/innen ganz wesentlich versucht, ihre Interessen im Allgemeinbildungsbereich unterzubringen, dann die Lehrenden aus dem Textilbereich und aus dem Kunstbereich. Haushalt und Ernährung sollten auch noch berücksichtigt werden. Es gab also viele Strömungen und Ansätze, die sich in der Universität wiederfinden mussten, aber für Bremen war die Vorstellung dominant: Arbeitslehre ist kein auf Werkstoffe und Maschinen oder auf Vitamine ausgerichtetes Fach, sondern als Fach der politischen Bildung zu verstehen. Jetzt, nach 40 Jahren, kommt von der Behörde: Wir schneiden Technik faktisch ab, wir schneiden Ernährung faktisch ab. Ich sehe da eine Spiralbewegung, aber unter ganz anderem Vorzeichen.

Ich bedauere das, weil man heute das komplexe Zusammenwirken von Technologie, Globalisierung, ökologischer Herausforderung und internationalem Wettbewerb nur interdisziplinär bearbeiten und verstehen lernen kann. Dafür braucht man die Zusammenschau. Und im WAT-Unterricht sollten Kinder m. E. ermuntert werden, sich Zusammenhänge zu erschließen und ihren eigenen Standpunkt zu erarbeiten. Wenn WAT eine immer geringere Rolle spielt, wenn es nur noch darum geht, wie man eine Bewerbung schreibt und eine Schülerfirma managt, dann ist das für mich ein zu geringer und einseitig verengter Anspruch an allgemeine Bildung.

**BLZ:** *Wie ist das Studium zurzeit organisiert?*

**H.-D. Schulz:** Im Bachelor studiert man »Arbeitsorientierte Bildung« mit den Schwerpunkten ökonomische und technische Bildung, ergänzt um haushaltsbezogene Bildung sowie Werkstatt- und Laborpraxis. Hier finden auch Praxisbegegnungen statt. Es geht darum, dass man gestaltete Praxis theoretisch reflektiert und – soweit möglich – selbst erfährt. Praxis ist heute sehr komplex und setzt sich häufig aus verschiedenen Disziplinen zusammen. Schon wenn

man sich heute z.B. mit einer rein mechanischen modernen 14-Gang-Nabenschaltung eines Fahrrades beschäftigt, dann erfährt man, wie aufwändig und wenig durchschaubar eine solche Antriebseinheit gestaltet wird. Das sind keine simplen Dinge mehr, die man über einfache handwerkliche Tätigkeiten erfährt, vor allem, wenn elektrische und elektronische Elemente hinzukommen. Trotz alledem sind praktische Tätigkeiten natürlich auch gefordert und gefragt, u.a. um Motivation zu erzeugen. Über praktische Zugänge zu Arbeit und Beruf geht es darum zu versuchen, theoretische Zusammenhänge aus der Praxis heraus zu entwickeln. Dass der Theorie-Praxis-Zusammenhang so bedeutend ist, zeigt sich u.a. darin, dass Betriebe in der Ausbildung anfangen, nachträglich Defizite aufzuarbeiten, die gerade auch theoretischer Natur sind. Sie verknüpfen Theorie dann mit der beruflichen Praxis. Wir haben in der Universität unsere Fachpraxis weiter entwickelt, zunehmend stehen bei uns auch komplexere Arbeitsprozesse im Vordergrund, sodass unsere AbsolventInnen häufig in den Schulen nicht nur in den Werkstätten, sondern auch in den Computerlaboren zu finden sind und dort arbeitsbezogene Bildung betreiben. Im Master kommt Praxis z.Zt. nicht vor, weil der bis 2014 zweisemestrig ist und entsprechend wenige Stunden ausweist. Wie es aussieht, wird es nach der senatorischen Planung das Fach »Wirtschaft-Arbeit-Politik« geben, in dem Technik wie auch Haushalt/Ernährung nicht mehr vorkommen. Gleichzeitig wird von verschiedenen Seiten der Erhalt praktischer Anteile in der Schule gefordert. Wie soll das gehen, wenn das Fach AOB von Wirtschaft-Arbeit-Politik abgelöst wird? Und wo bleiben die vielfach geforderten MINT-Kompetenzen, die u.a. an Technik gekoppelt sind?

**BLZ:** *Wie beurteilen Sie die Schwerpunktverlagerung von »Arbeit« zu »Wirtschaft«?*

**K.-J. Bönkost:** Ich sehe eindeutig die Dominanz von Unternehmensinteressen, die sowohl die Universität als auch die Schulen durchdringen. Für die ökonomische Bildung gibt es ca.

20 unterschiedliche fachdidaktische Ansätze. In der behördlichen Schwerpunktsetzung auf die Gründung und Anleitung von Schülerfirmen liegt eindeutig die Festlegung auf einen Ansatz, der als »Entrepreneurship Education« bezeichnet wird. In den angelsächsischen Ländern wird dieser Ansatz seit vielen Jahren vertreten. Ich kann das nur bedauern, weil ich darin als Ökonom klar erkenne, dass die Kinder im Unterricht als zukünftige Produktionsfaktoren gesehen werden. Dazu gibt es auch eine Theorie, die »principle agent theory«, die Kollegen in Oldenburg haben das für die Schule übertragen: Der Prinzipal denkt ökonomisch/betriebswirtschaftlich, und er hat natürlich gewonnen, wenn sein Personal nicht eigene Interessen verfolgt, sondern genauso denkt wie er, so dass er sie gar nicht mehr kontrollieren muss. Alles wird dem abstrakten Wettbewerbsprinzip untergeordnet. Schulen und Universitäten sollen möglichst schnell, möglichst qualifiziert mit dieser Denke ausgestattete Menschen entlassen, um in diesem Wettbewerbssystem ihren Platz zu suchen – als Turbine, als Abteilungsleiter, als Verkäuferin usw. Meine persönliche bildungspolitische Vorstellung für das allgemeinbildende Schulsystem ist anders. Es sollte nicht die heranwachsenden Kinder diesem Wettbewerbsprinzip aussetzen und daraufhin erziehen, sondern sollte im Humboldtschen Sinne oder auch im Kerschensteinerischen Sinne den ganzen Menschen umfassen und sie befähigen, ihren eigenen Platz in dieser Gesellschaft reflektiert zu finden. Dabei sollten Lehrerinnen und Lehrer eine Hilfe sein. Diese Aufgabe ist nicht leicht, da kann man nicht einfach auf die Angebote der Bertelsmann-Stiftung oder des Handelsblattes zurückgreifen. Natürlich wirkt hier auch die Arbeitsbelastung. Bei 27 Pflichtstunden ist man gezwungen, seine Unterrichtsvorbereitung zu ökonomisieren und da greift man leicht einmal zu einem Material, von dem man eigentlich nicht überzeugt ist. In den 70er Jahren gab es noch mehr alternative Unterrichtseinheiten von anderen Institutionen, da kommt heute nur noch sehr wenig, und andererseits werden mit Millionen-

Aufwand von der Konrad-Adenauer-Stiftung, der Bertelsmann-Stiftung, von der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft, vom Institut der Deutschen Wirtschaft usw. Materialien für die Schule erzeugt. H.-D. Schulz: So wie die Planung jetzt aussieht, werden wichtige Bestandteile des Faches in Zukunft nicht mehr existent sein. Wo sollen die im praktischen Bereich sehr leistungsfähigen Menschen eigentlich ihre Leistungsfähigkeit dann noch beweisen können? Ich halte es für problematisch ein Konzept zu entwickeln, dass allein auf theoretischer Auseinandersetzung mit Sachverhalten ruht – zumindest bis zur 10. Klasse. In dieser Zeit fällt die Entscheidung über einen weiteren Schulbesuch oder den Beginn einer Berufsausbildung. Diese Entscheidung muss vorbereitet sein durch die Begegnung mit einer praktisch gestalteten Welt. Dies muss nicht unbedingt die Arbeitswelt in Reinkultur sein, aber es sollte eine Welt sein, in der man praktische Fähigkeiten zumindest erkennen und erfahren kann, um diese dann gezielt zu fördern. Überhaupt ist eine Arbeits-, Berufs- und Studienorientierung – schon immer originärer Bestandteil der Arbeitslehre bzw. AOB – aus meiner Sicht wesentlich auf Kenntnisse und möglichst Erfahrungen aus der Arbeitswelt und der entsprechenden Praxis angewiesen. Ich habe auch große Sorge, dass entsprechende Einrichtungen in den Schulen, z.B. die Werkstätten und Schulküchen, bei der neuen Konzeption keinen Bestand haben werden, zumal die Stundenanteile für »Wirtschaft – Arbeit – Technik« herunter gefahren sind. Dann gibt es kaum noch eine Legitimation, aufwändige Fachräume vorzuhalten.

Es war unser Angebot, dass wir das Konzept »Wirtschaft-Arbeit-Technik« auf einem entsprechenden theoretischen Niveau in der Oberstufe weiterführen. Das gibt es allerdings bundesweit so nicht und war deshalb nicht durchsetzbar. Konsequenter wäre es allerdings gewesen, ein durchgängiges Konzept von AOB/WAT für die Oberschule einzuführen. Statt dessen wird jetzt die Akademisierung schon in der Sekundarstufe I begonnen. Den Bereich Wirtschaft, der

abgesehen von Schülerfirmen rein theoretisch abgehandelt wird, so stark zu gewichten, halte ich für den falschen Weg. Zumindest bis Klasse 10 sollten Wirtschaft, Arbeit, Technik, Haushalt mit praktischen Anteilen Bestandteile der Allgemeinbildung sein.

**BLZ:** *Was ist jetzt und in Zukunft notwendig?*

K-J. Bönkost: Das ist die spannende Frage. Als erstes muss man sich im Rahmen eines Diskurses damit auseinandersetzen, was die Kinder und Jugendlichen 2020 überhaupt als Grundlage für das Meistern des Lebens angeboten bekommen sollen. Da kann man schon mal streiten, weil die Schulzeit ja prinzipiell begrenzt ist. Was soll also in das Füllhorn hinein? Dabei geht es auch sehr schnell um die Verteilung der Stundenzahlen. Wenn z.B. mein Kollege Kaminiski aus Oldenburg mehr Ökonomie in der Schule fordert, dann will er ja auch vom Volumen her mehr Stunden und wird dabei sehr schnell mit den Fachvertretern für Deutsch, Mathematik, Englisch usw. in Konflikt kommen. Bezogen auf Bremen meine ich, dass es der GEW gut anstünde, einen öffentlichen Diskurs anzustoßen, bei dem die unterschiedlichen am Problem interessierten Gruppen zusammen kommen. Es gab einmal einen solchen Ansatz mit dem »Runden Tisch Arbeitslehre«. Die Arbeitslehre krankt von Anfang an an der Frage, ob sie ein »Blaujacketenfach« sein soll, oder ob sie ein Angebot sein soll, das allen Kindern und Jugendlichen hilft, in der immer komplexeren Welt von Ökonomie, Ökologie, Technik, Wettbewerb und Internationalisierung einen eigenen Standpunkt zu finden. Dann stellt sich aber wiederum die Frage: Wo bleiben dort die SchülerInnen mit geringeren kognitiven Leistungen? Da müssen im Rahmen der neuen Oberschule spezifische Konzepte für die ganze Bandbreite der SchülerInnen entwickelt werden. Eines können wir jedoch übereinstimmend sagen: Die Orientierung auf die menschliche Arbeit, auch diejenige, die über das Erwerbssystem hinausgeht, halten wir für unverzichtbar – auch für das allgemeinbildende Schulwesen der Zukunft.

Die Fragen stellt  
Jürgen Burger